

Der Regierungswechsel in Frankreich

Der Rücktritt der französischen Regierung Herriot wird vielfach als Anzeichen einer neuen Wendung der außenpolitischen Lage angesehen. Man ist in Deutschland bisher immer gewillt gewesen, den französischen Ministerpräsidenten als den Exponenten einer Politik zu betrachten, die die Herbeiführung einer Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich anstrebt.

Zur Stunde will man in den Berliner maßgebenden außenpolitischen Kreisen noch nicht recht glauben, daß Herriot durch seine Niederlage im Senat schon völlig erledigt ist. Man erwartet daher eher eine Wiederkehr des bisherigen französischen Kabinetts oder zum mindesten die Bildung einer gemäßigten Rechtsregierung unter Briand. Der Sturz Herriots muß jedoch in Deutschland einen unangenehmen Eindruck hervorrufen, als gerade in den letzten Wochen die Möglichkeit eines Einlenkens Frankreichs in der Sicherheitsfrage bestanden hat. Daß jetzt etwa wieder ein Kabinett Poincaré ans Ruder kommen könnte, hält man jedoch in den Berliner außenpolitischen Kreisen für nahezu ausgeschlossen.

Die Rückwirkungen der französischen Regierungskrise werden sich zunächst darin bemerkbar machen, daß die Erörterung der Sicherheits- und der Räumungsfrage gänzlich zum Stillstand kommen wird. Schon seit dem offenen Ausbruch der Krise zeigte sich, daß Frankreich bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge gar nicht in der Lage war, die außenpolitischen Verhandlungen fortzusetzen, zumal da die Aufmerksamkeit der französischen politischen Kreise von der Innenpolitik in Anspruch genommen wurde.

Rücktritt der Regierungsbildung beauftragt.

Kainle hat den Auftrag zur Kabinettsbildung mit der Begründung abgelehnt, daß seine Persönlichkeit nicht geeignet sei, eine Entspannung zwischen der Kammer und dem Senat herbeizuführen. Darauf wurde Briand mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Briand nahm sofort die Besprechungen mit den Führern der Parteien auf. Briands Absicht ist die, ein Kabinett nur bei aktiver Heranziehung sämtlicher Mehrheitsparteien, also auch der Sozialisten zu bilden. Zu der Frage des aktiven Eintritts der Sozialisten in das Kabinett wird eine außerordentliche sozialistische Tagung Stellung nehmen. Ob die Sozialisten ihre bisherige Haltung aufgeben und zur aktiven Mitarbeit übergehen, ist angesichts der Beschlüsse des letzten sozia-

listischen Parteikongresses in Grenoble äußerst fragwürdig. Briand hält die bisherige Unterstützungspolitik der Sozialisten für ungenügend. Ein Teil der Presse bespricht die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen den Radikalen und den Sozialisten für den Fall, daß letztere den Eintritt in das Kabinett ablehnen. Im Echo de Paris erklärt ein Vertrauter Briands, daß die Radikalen in diesem Falle die Auflösung des Kartells und die Bildung eines nach rechts erweiterten Konzentrationskabinetts erwägen. Auf alle Fälle müsse die Regierungskrise in den nächsten Tagen gelöst werden. Am 15. April werden 400 Millionen Franken von einem Gesamtbetrag von 33 Milliarden, die Frankreich in diesem Jahre zu zahlen hat, fällig. Weiter muß das neue Kabinett bis Donnerstag vor dem Erscheinen der Wochenbilanz das mit der Bank von Frankreich vereinbarte Abkommen ratifizieren, das nachträglich die Heraushebung des Geldumlaufes auf 43 Milliarden legalisiert. Nach den Blättern hat De Monzie gestern in den Wandelgängen der Kammer erklärt, daß, wenn bis zum 16. April die Geldumlaufaufträge durch eine neue Regierung nicht geregelt werde, er nicht einmal zur Erledigung laufender Angelegenheiten im Amte bleiben werde. Andererseits wird die Bank von Frankreich entl. die Veröffentlichung der Wochenbilanzen einstellen. Wie schärft sich der Konflikt zwischen dem Kabinett Herriot und dem Direktor der Bank von Frankreich vor einigen Tagen zugespielt hatte, geht auch daraus hervor, daß die Bank zwei Tage vor dem Rücktritt Herriots damit drohte, jede Beziehung zu der Regierung abzubreaken, solange der Geldumlauf nicht wieder in legale Grenzen getreten sei. Gelingen Briand die Kabinettsbildung nicht, so würden die Kabinettskrisen fortgesetzt werden, was schließlich zur Auflösung und zur Ausschreibung von Neuwahlen führen müßte. Briand gab über die Lage folgende Erklärung ab: Ich glaube, sagen zu können, daß ich überall warmen Zuspruch und große Teilnahme für meine Aufgaben gefunden habe. Ich würde indessen lügen, wollte ich sagen, daß ich auf allen Seiten dasselbe Entgegenkommen gefunden hätte. Gewisse Gruppen haben Vorbehalte geäußert. Ich muß abwarten, bis der sozialistische Nationalrat sich schlüssig geworden ist, ob er mir seine Unterstützung angedeihen läßt. Ich bin der Ansicht, daß mein Ministerium nur unter Beteiligung der Linksrufen lebensfähig sein wird und halte mich außer Stande, unter den gegenwärtigen Umständen ein Kabinett zu bilden, daß nur von vorübergehender Dauer sein würde.

Blitzschlagunglück auf der Festung Königstein.

In Königstein ging gestern nachmittag in der vierten Stunde ein außerordentlich heftiges Gewitter nieder, das anfänglich im Gebiete von Schmilla-Schöna zu starken Regenschauern führte. Es zog dann elbwärts und entlud sich plötzlich in mehreren Blitzen über Königstein, ohne daß vorher Regen niedergegangen war. Einer der Blitze traf eine Gruppe von etwa 30 Personen, die sich auf der Festung an der sog. Königsnahe befand. Die Gruppe hatte sich nicht beeilt, ein schützendes Dach aufzusuchen, da der Himmel teilweise noch unbewölkt war und auch eine Schutzhütte in der Nähe war. Sämtliche Personen waren sofort betäubt und fielen zu Boden. Der Blitz hatte zuerst eine Eiche, unter der die Gruppe stand, getroffen und war dann in das Gitter übergesprungen, das die Eiche umgibt. An diesem Gitter hatten sich drei Personen festgehalten, die auf der Stelle tot waren, 23 Personen wurden verletzt, die meisten leicht.

Glücklicherweise konnte den übrigen Verunglückten sofort Hilfe gebracht werden, da sich eine Abteilung des Pionierbataillons 2 auf der Festung befand, die im Verein mit dem gleichfalls zufällig anwesenden Dr. Haenel (Dresden), der sofort herbeigeeilten Sanitätskolonne Königstein und mehreren anderen Ärzten die erste Hilfe leisteten. Nachdem wurden die Verletzten durch den Aufzug heruntergebracht; ein Teil der Verletzten wurde in bereitgestellten Privatautos und einem Gesellschaftsauto nach den Krankenhäusern in Königstein und Dohna geschafft. Die übrigen leichter Verletzten wurden sofort nach ihren Wohnorten Pirna, Dresden usw. gebracht.

Schilderungen von Augenzeugen.

Der sofort zur ersten Hilfeleistung herbeigeeilte Dr. Hans Haenel (Dresden) gibt folgende Schilderung der Katastrophe:

Zur Zeit des Blitzschlages regnete es noch nicht, so daß auch die Führung noch nicht abgebrochen war. Durch den Blitzschlag wurden sämtliche Personen niedergeschlagen. Die Wirkung war die einer einschlagenden Granate. Die Leute lagen mit verbrannten und zeretzten Kleidern da. Der lahme Führer nahm sich geistesgegenwärtig der Leute an. Ich stellte fest, daß der Tod bei den drei Personen sofort durch Herzstillstand eingetreten war. Die Verletzten wurden sofort nach dem Lazarettgebäude gebracht. Die anfänglichen Lähmungserscheinungen behoben sich größtenteils. Die von den Verletzten erlittenen Brandwunden sind solche zweiten Grades, so daß keine Lebensgefahr mehr besteht. Eine Ausnahme könnte vielleicht eine junge Frau bilden, die ausgebreitete Brandwunden erlitt.

Das Gewitter

wird von einem anderen Augenzeugen wie folgt geschildert: Mehrere Blitzschläge, von denen einer in eine

Rappel fuhr, veranlaßten den Fremdenführer, die Führung abzubrechen. Gleich hierauf entlud sich ein Blitzschlag, der sich in etwa vier oder fünf Arme teilte, teilweise in das Gestein fuhr und so zum Beispiel einen Steinblock von etwa 50 Kilo Gewicht einfach aushob und mehrere Gesteinsplitter abtrug.

Die Namen der drei Toten sind Johannes Großwitz aus Lengfeld i. Erzg., Hermann Großmann aus Breslau, Viktoriastraße 94, und Frau Martha Görig aus Pirna.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Aufruf der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands erlassen folgenden Aufruf: Durch die Auffstellung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg hat die vom Reichsminister a. D. Dr. Jarres vorgezeichnete schwarz-weißrote Linie im Wahlkampf um den Reichspräsidenten die höchste Steigerung erreicht. Auf dieser Grundlage haben sich alle Verbände und Parteien gefunden, die Deutschlands Heil nicht in internationaler Verwässerung, sondern in fester nationaler Einheit sehen. Die Vaterländischen Verbände danken dem großen Führer in der Not für die Bereitwilligkeit, mit der er sich erneut zur Verfügung gestellt hat. Hoch über allem Parteikampf steht der Feldmarschall als ein Fels in den uns umrauschenden Wogen. Ein höheres Sinnbild der nationalen Einheit gibt es nicht. Der Name Hindenburg ist der Inbegriff irdischer deutscher Weisheit, er ist die Verkörperung der alten deutschen Tugenden: Reinheit, Treue und Wahrheit. In diesem Zeichen wird Deutschland zu seinem vorgezeichneten Ziel: Einheit und Recht und Freiheit gelangen. So allein wird der Sieg über alles Halbe, Schlechte und Unwahre errungen werden. Darum auf, deutsche Frauen und Männer, zum Sieg mit Hindenburg unter der Führung: Deutschland, Deutschland über alles.

Wahlaufruf der Sozialdemokratischen Partei.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Aufruf des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, in dem die sozialdemokratischen Wähler aufgefordert werden, für Marx zu stimmen. In dem Aufruf heißt es: Alle Republikaner müssen sich für den zweiten Wahlgang vereinen. Stark ist die Partei der Arbeiter, als Kerntruppe der Republik hat sie sich aufs neue erwiesen. Doch erst ein Drittel des Volkes hat sich für die Sozialdemokratie entschieden, fast zwei Drittel stehen noch im Lager der bürgerlichen Parteien. Deshalb fordert politische Notwendigkeit die Einigung der drei Parteien, die gemeinsam die Verfassung von Weimar geschaffen haben. Auf Rat und in voller Uebereinstimmung mit Otto Braun, in Uebereinstimmung mit dem Parteiauschuß und der Reichstagsfraktion haben wir beschlossen, die Wählerinnen und Wähler der Sozialdemokratie aufzufordern, am 26. April den früheren Reichstagskanzler Wilhelm Marx zum Reichspräsidenten der deutschen Republik zu wählen.

Politische Tageschau.

Dr. Paasche f. Der frühere Vizepräsident des Reichstages und ehemalige Führer der Nationalliberalen, Dr. Paasche ist in Detroit gestorben. Dr. Paasche, der sich auf einer Reise durch die Vereinigten Staaten befand, wo er Vorträge über die derzeitigen Verhältnisse in Deutschland, insbesondere über die Zustände in den von den Franzosen besetzten Gebieten, hielt, erkrankte bei seiner Ankunft in Detroit an Lungenentzündung.

Unterschrift eines deutsch-französischen Grenzabkommens. Im französischen Außenministerium ist ein deutsch-französisches Abkommen über die Einrichtung der Grenzbahnhöfe an der deutsch-französischen Grenze unterzeichnet worden. Ferner wurde ein Vertrag über die Festsetzung der Grenzen zwischen dem Reich und Frankreich parafiert, dessen formelle Unterschrift nach Beendigung gewisser technischer Arbeiten demnächst erfolgen wird. Für Deutschland unterzeichnete das Abkommen der Botschaftsrat von Greunau, für Frankreich der Referent im Außenministerium Brugère, die mit der Führung der Verhandlungen beauftragt waren.

Noten.

Berlin, 14. April. Der Lokalanzeiger meldet aus Guben: Am Osterionabend 10 Uhr vormittags ist bei Merzweitz, südwestlich von Crossen an der Oder ein polnisches Militärflugzeug neuester französischer Konstruktion mit 400 PS-Motoren gelandet. Die Insassen, zwei polnische Offiziere in Uniform, erklärten, daß sich das Flugzeug auf dem Ueberflugsflug von Krakau nach Posen befunden habe und die Orientierung verloren gegangen sei. Nach Feststellung ihrer Persönlichkeiten wurden die beiden Offiziere freigelassen. Das Flugzeug ist einweilen polizeilich festgehalten.

Schweiz.

Der Schweizer Bundesrat erneuert gegen das französische Rheinsanalprojekt! Wie die „Frank. Ztg.“ aus Zürich meldet, hat der Schweizer Bundesrat die im März für die Beratungen der technischen Unterkommission der internationalen Rheinzentralkommission gegebenen Instruktionen auch für die am 15. April beginnende Tagung der Rheinzentralkommission selbst in wesentlichen bestätigt. Die Schweiz verlangt eine umfassende Sicherheit für eine gedeihliche Entwicklung der Schifffahrt auf dem Oberrhein, d. h. sie tritt für das Regulierungsprojekt und für eine Ablehnung des französischen Seitentalprojektes ein. Außerdem wird sie ihr Hauptaugenmerk auf eine genaue Kostenverteilung an der Regulierung richten, an der Deutschland, Frankreich und die Schweiz beteiligt sind.

Statten.

Eröffnung der Internationalen Mustermesse in Mailand. Am Sonntag wurde die 6. Internationale Mustermesse in Mailand in Gegenwart des Herzogs von Bergamo eröffnet. Der König wurde durch Minister Rava vertreten. Außerdem waren die Spitzen sämtlicher Behörden und die Vertreter der Industrie und des Handels und fast sämtliche ausländischen Kommissare und Konsuln, darunter auch die deutschen Vertreter erschienen. Mussolini hatte telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt und den ausländischen Vertretern auf der Waise den Dank der Regierung ausgesprochen.

Frankreich.

Paris, 14. April. Die radikalsozialistische Gruppe hat gestern nachmittag eine längere Sitzung abgehalten, an der auch die Senatoren der Gruppe teilnahmen. Zunächst wurde beschlossen, daß kein Mitglied der Partei ohne ausdrückliche Genehmigung des Parteiaususses einem Kabinett beitreten dürfe. Senator Sorant erklärte auf Gerüchte, wonach er evtl. mit der Bildung des Kabinetts betraut würde, nicht in der Lage zu sein, einem Kabinett beitreten zu wollen. Schließlich wurde zu der Frage der Mitwirkung der Partei an einem Kabinett Briand Stellung genommen. Nach lebhaftem Meinungsaustrausch wurde beschlossen, sich einer Entschiedenheit zu enthalten. Die gemäßigten Mitglieder der Partei sind jedoch für eine Zusammenarbeit mit dem Kabinett Briand.

England.

London, 14. April. (Eig. Drahtmeldung.) Gelegentlich eines Festmahles zu Ehren der im Kriege Gefallenen warnte der englische General von Hamilton vor einer Fortsetzung der bisherigen Politik, die nur Argwohn und Verdächtigungen schaffe. Wenn die englische Diplomatie ihren eigenen Weg gegangen wäre, so wäre es ihr zweifellos gelungen, den Argwohn zu vermeiden. Die Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone über die Vertragsdauer hinaus aus Gründen, die nicht klar seien, habe Verwirrung und Unruhe hervorgerufen und wird sich zu Folgen auswirken, die nichts anderes als Krieg bedeuten. Diese Handlungswiese bedeute Tausende und Abertausende von Stimmen für Hindenburg und gegen den demokratischen Präsidentschaftskandidaten.

Lohnbewegungen und Streiks.

Weidenseitige Annahme des Schiedsspruchs im rheinischen Braunkohlenrevier. Der am 6. April gefällte Schiedsspruch im Lohnstreik des rheinischen Braunkohlenreviers ist sowohl von den Arbeitgeberverbänden als auch von den Arbeitnehmerverbänden im rheinischen Braunkohlenrevier angenommen worden.

Ausperrung im Gesamtbauergewerbe Groß-Hamburg. Die vor einigen Tagen angekündigte allgemeine Aussperrung im Gesamtbauergewerbe Groß-Hamburg und Umgegend trat am Sonnabend nachmittag 2 Uhr mit Arbeitschluss in Kraft. Betroffen wird das gesamte Hoch-, Tief- und Betonbauergewerbe. Die Aussperrung der etwa 22.000 Arbeiter wird als eine Abwehrmaßnahme gegen die im Bauergewerbe ausgesprochenen Tarifstreiks bezeichnet.